

Energie-Sicherheit zerstören? Stromfresser-Gesetz NEIN - Stromfresser-Gesetz NEIN

obnico

Mit diesem Newsletter informieren wir Sie über das neue Stromfresser-Gesetz von Mitte-Links, das am 18. Juni zur Abstimmung kommt. Obwohl wir heute schon zu wenig Strom haben, führt dieses extreme Gesetz zu einem Verbot von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin. Heizen und Autofahren wären nur noch elektrisch möglich. Das heisst massiv mehr Strombedarf und massiv höhere Kosten. Gemäss einer ETH-Studie steigen mit dem Stromfresser-Gesetz die Energiekosten von heute 3000 Franken auf neu 9600 Franken pro Kopf und Jahr!

Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra	
Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 18. Juni 2023	
Wollen Sie das Bundesgesetz vom 30. September 2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG) annehmen?	Antwort NEIN

Jetzt Flyer-Versand sponsoren

Helfen Sie mit: Unterstützen Sie unsere Abstimmungskampagne gegen das verlogene und teure Stromfresser-Gesetz und sponsern Sie den **Versand von Flyern an die Adressen eines Ortsteils oder einer Gemeinde Ihrer Wahl!**

Dies ist unkompliziert mit wenigen Klicks und vergleichsweise günstig möglich. So kann z. B. die Gemeinde Interlaken (knapp 4'000 Briefkästen) für etwas über Fr. 700 beliefert werden, eine grössere Gemeinde wie z. B. Altdorf (rund 5750 Briefkästen) könnte für gut Fr. 1'000 abgedeckt werden.

[JETZT FLYER VERSENDEN](#)

ETH-Professor: «Energie wird deutlich teurer»

Die Befürworter des Stromfresser-Gesetzes behaupten, die erneuerbaren Energien seien billiger, insbesondere der Solarstrom. Dem widerspricht **ETH-Professor Andreas Züttel** in einem [grossen Interview](#) mit der SonntagsZeitung. Dies sei eine «von der Solarbranche verbreitete Illusion». Generell hält Züttel fest: **«Energie wird deutlich teurer, wenn wir Öl, Gas und AKWs ersetzen.»** Seine grosse ETH-Studie zeigt, dass die **Energiekosten pro Person und Jahr** von heute 3000 um 6600 Franken **bis auf 9600 steigen** könnten. Eine [Medienmitteilung](#) des Bundes bestätigt diese Zahl. Viele Familien, Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe könnten sich diese Preisexplosion nicht leisten. **Darum sagen wir am 18. Juni: Nein zur Verarmung, Nein zum extrem teuren und gefährlichen Stromfresser-Gesetz.**



Planwirtschaft ohne Plan

Mit dem Stromfresser-Gesetz steigen wir **kopflös** aus der fossilen Energie aus – **es droht eine Planwirtschaft ohne Plan**. Mit dem gleichzeitigen Ausstieg aus der klimaschonenden Kernenergie **verstärkt** sich der **Strommangel massiv**. Bereits **in 8 Jahren** muss die Schweiz den **CO₂-Ausstoss** gegenüber 1990 **halbieren**. Derart radikal und einseitig auf Elektrifizierung zu setzen, ist energiepolitischer Selbstmord. Umso gefährlicher ist die Tatsache, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen unklar sind, wie sogar der [Bund](#) zugibt – ein Einfallstor für **staatliche Verbote und Eingriffe in unser Leben und in unsere Freiheits-Rechte**. Wer frei bleiben will, stimmt am 18. Juni NEIN.

Staat darf fossile Heizungen und Benzinautos verbieten

«Jetzt darf der Staat fossile Heizungen verbieten», titelte der [«Sonntagsblick»](#) mit Verweis auf ein Urteil des Bundesgerichts: Klimaschutz ist damit wichtiger als das Eigentumsrecht. Ein Verbot droht damit auch für Benzin- und Diesel-Autos. **Unser Nein-Komitee hat immer davor gewarnt, dass Öl- und Gasheizungen sowie Benzin- und Diesel-Fahrzeuge verboten würden.** Mit dem Stromfresser-Gesetz erhält der Bundesrat weitreichende Kompetenzen für solche Verbote. Wer nicht will, dass der Staat in seine Eigentumsrechte eingreift und sich unser freies Land in eine bevormundende Verbots-Schweiz verwandelt, stimmt am 18. Juni NEIN!

Schweiz steht heute schon mustergültig da

Im Vergleich zu den Nachbarländern ist der CO₂-Ausstoss der Schweiz sehr gering, wie diese Grafik aufzeigt.

CO₂-Ausstoss im Vergleich zu den Nachbarländer

